

ZUR WAHRNEHMUNG UND DEFINITION VON SICHERHEIT DURCH DIE BEVÖLKERUNG

Kurzfassung

Was stellt für die Bevölkerung Sicherheit dar? Welche Faktoren beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bürger in ihrem alltäglichen Handeln? Und wie stehen diesem subjektiven Sicherheitsempfinden wissenschaftliche Erkenntnisse gegenüber? Diesen Fragen wird in der Expertise „Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung“ von Dr. Diana Ziegleder, Dipl. Soz. Wiss. Dominic Kudlacek, Dipl. Päd. Thomas A. Fischer im Auftrag des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit nachgegangen.

Die Kriminologie setzt sich seit den 60er Jahren unter den Stichworten *Kriminalitätsfurcht*, *Kriminalitätsbelastung* oder *(Un-)Sicherheitsgefühl* mit diesem Thema auseinander. Insbesondere kriminalpolitisch ist es unerlässlich, sich sowohl der tatsächlichen als auch der subjektiv gefühlten Bedrohung der Bürger zu stellen (PSB, 2006, S. 486; Schwind et al., 2001, S. 216). Kriminalitätsfurcht ist eng mit dem Vertrauen der Bevölkerung in die Durchsetzungskraft des Rechtsstaates verknüpft, dessen Aufgabe es ist, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen (Schwind et al, 2001, S. 216).

DEFINITION VON SICHERHEIT DURCH DIE BEVÖLKERUNG

Studien zur Kriminalitätsfurcht nehmen neben objektiven Daten der Kriminalstatistik insbesondere subjektive Ängste im Alltag der Bürger in den Blick. Hier spielen die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus, einbegriffen das eigene Wohnumfeld und darin vorhandene äußere Bedingungen, eine wichtige Rolle. Vandalismus, die Anzahl von Wohnungseinbrüchen oder Schlägereien in der eigenen Wohngegend bestimmen die konkrete Kriminalitätsfurcht. Auch der individuelle Lebensstil sowie bestehende kultur-normative Orientierungen sind für das Sicherheitsempfinden bedeutsam. Für die Kriminologie ist es also grundlegend, dass zwischen der Bedrohung der Gesellschaft im Allgemeinen (soziale Kriminalitätsfurcht) sowie der Angst, selbst Opfer zu werden (personale Kriminalitätsfurcht), unterschieden wird. Als zentrale Einflussfaktoren für die Risikowahrnehmung gelten die Charakteristik der Wohnumgebung (incivilities), Viktimierungserfahrungen, Lebensstil, Vulnerabilität, Geschlecht, Alter und Einkommen (vgl. Kreuter, 2002, S. 34 ff).

BEEINFLUSSUNGSFAKTOREN DER WAHRNEHMUNG VON (UN-)SICHERHEIT

Das individuelle Sicherheitsgefühl ist als ein mehrdimensionales Gefüge von kriminalitätsbezogenen Einstellungen zu verstehen. Aus kriminologischer Perspektive sind drei Erklärungsansätze weit verbreitet, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen und verschiedene Erfahrungsressourcen von Kriminalität als Entstehungsbedingungen fokussieren: Aus der *Personenperspektive* (*Viktimisierungsperspektive*) sind eigene Erfahrungen der Opferwerdung (direkte Viktimisierung) sowie von Personen im unmittelbaren sozialen Nahbereich kommunizierte Opfererfahrung (indirekte

Viktimisierung) entscheidend für die Herausbildung des (Un-)Sicherheitsgefühls. Die Folgen direkter wie indirekter Viktimisierung hängen dabei von einer Vielzahl verschiedener Faktoren ab (Deliktsschwere, eingeschätzte sowie tatsächlich vorhandene Bewältigungsressourcen im personalen sowie sozialen Bereich etc.).

Aus Sicht des *sozialen Nahraumes* (Soziale-Kontrolle-Perspektive) nimmt die Wahrnehmung physischer und sozialer Verfallserscheinungen im eigenen unmittelbaren Lebensumfeld Einfluss auf das Sicherheitsgefühl. Diese werden als Zeichen verminderter sozialer Kontrolle betrachtet und beeinflussen sowohl die gefühlsbezogene wie auch die persönliche Risikoeinschätzung. Auch hier sind verschiedene Faktoren mit zu berücksichtigen (Nachbarschaftsressourcen, Lebensstile, sozialstrukturelle Merkmale des Wohngebiets etc.).

Der *weite soziale Kontext* (Soziale-Probleme-Perspektive) betont schließlich die Stellung von Kriminalität im öffentlichen und vor allem medialen Diskurs. Die Medien sind hierbei als zentrale Erfahrungsressource für das Thema Kriminalität anzusehen. Die mediale Berichterstattung über Kriminalität stellt diese verzerrt dar. Dadurch werden in starkem Maße die sozialen Kriminalitätseinstellungen beeinflusst, welche insbesondere in Sanktionseinstellungen und kriminalpolitischen Haltungen ihren Ausdruck finden. Ist jedoch der Bezug zur eigenen lebensweltlichen Situation gegeben – wie es insbesondere in der lokalen Berichterstattung der Fall ist – nehmen die medial kommunizierten Risiken in noch stärkerem Maße Einfluss auf die persönliche Risikoeinschätzung und damit auf das Sicherheitsgefühl.

Um das Sicherheitsgefühl in seiner Gesamtheit zu erfassen, müssen die verschiedenen Perspektiven und Beeinflussungsfaktoren berücksichtigt und die verschiedenen Ebenen – Person, sozialer Nahraum und weiterer sozialer Kontext – zueinander in Beziehung gesetzt werden.

DIE BEWÄLTIGUNG VON GEFÜHLEN DER UNSICHERHEIT

Die *Wahrnehmung, Bewertung und der Umgang* mit Risiken und Unsicherheiten ist abhängig von den Ressourcen, die Personen in unterschiedlichen sozialen Lagen und räumlichen Lebensbedingungen zur Verfügung haben. Neben der tatsächlichen Verfügbarkeit ist es aber maßgeblich die subjektive Wahrnehmung dieser Verfügbarkeit, welche dafür entscheidend ist, welches Ausmaß an Vulnerabilität die Person aufweist.

Die Zusammenhänge zwischen Furcht, persönlicher Risikoeinschätzung und Bewältigungsfähigkeiten lassen sich mit quantitativen Daten nur begrenzt erfassen. Der individuelle Selbstschutz der Menschen ist im Alltagshandeln und damit innerhalb selbstverständlicher Alltagsroutinen verortet. Die *Schutzpraktiken der Bevölkerung* lassen sich differenzieren in vermeidende und wachsame Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum sowie Vorkehrungen, die den Schutz der Wohnung betreffen. Dabei berichten Frauen und ältere Menschen vermehrt von Unsicherheitsgefühlen im öffentlichen Raum und ein damit verbundenes vermeidendes Schutzhandeln. Ursache hierfür sind weniger Viktimisierungserfahrungen als vielmehr die Wahrnehmung von Merkmalen der Umgebung. So werden insbesondere von Dunkelheit und Verlassenheit gekennzeichnete Gebiete in der Wohngegend als furchtinduzierend erlebt und in der Folge entsprechend gemieden. Mit zunehmendem Alter steigt bei männlichen Befragten die Häufigkeit vermeidender Schutzmaßnahmen, was – ebenso wie bei älteren Frauen – auch mit Entfremdungsprozessen und Ressentiments gegenüber dem sozialen Wandel in Zusammenhang steht.

Auf Grundlage qualitativer Ergebnisse zeigt Klimke (2008) fünf Typen von Sicherheitsmentalitäten auf, die unterschiedliche personale und soziale Kriminalitätseinstellungen aufweisen: Der

Großteil der Befragten ist einem „pragmatischen Typus“ zuzuordnen, welcher der Kriminalität keine allzu große Bedeutung beimisst und Schutzhandlungen entsprechend (pragmatisch) am Alltag orientiert.

Zwei weitere Typen (der „ängstliche Typus“ sowie der „anklagende Typus“) kennzeichnen sich besonders dadurch, dass ihre Sorge und Angst zur Einschränkung der persönlichen Freiheit und Minderung von Lebensqualität führt, etwa wenn man sich nicht mehr traut, das Haus zu verlassen. Beim „anklagenden Typus“ kommt hinzu, dass wahrgenommene Missstände aus einer Opfersicht als gesellschaftliche Missstände benannt werden. Der „furchtlose Eingreifer“ bewältigt Gefühle der Unsicherheit mit wachsamen Schutzpraktiken und weist den höchsten Anteil von Zivilcourage und nachbarschaftlichem Engagement auf. Der „responsibilisierte Typus“ sieht das Kriminalitätsrisiko sowie Maßnahmen, die dem entgegenwirken sollen, hauptsächlich als Privatsache und vertraut auf die individuellen (vorwiegend wachsamen) Schutzpraktiken.

Klimke (2008) kommt zum Ergebnis, dass Menschen die *Verantwortung für die eigene Sicherheit größtenteils im persönlichen Zuständigkeitsbereich* sehen. Mehrheitlich ist man der Überzeugung, dem Viktimisierungsrisiko durch die eigenen Schutzmaßnahmen etwas entgegensetzen zu können. Die *Verantwortlichkeit und Zuständigkeit für die Kriminalitätsbekämpfung* und damit für die Veränderung der Ursachen von Kriminalität wird von der Bevölkerung noch immer überwiegend *bei staatlichen Akteuren der Sicherheit*, insbesondere der Polizei, gesehen.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Der „Broken-Windows“-Ansatz von Wilson und Kelling (1996) hatte nicht nur großen Einfluss auf die kriminologische Forschung sondern auch auf das kriminalpolitische Handeln. Dabei hat sich gezeigt, dass Konzepte die auf Repression und Konfrontation mit den Bürgern setzen, wie die Zero-Tolerance-Strategie im New York der 1990er Jahre, in ihrer Wirkung höchst umstritten sind (vgl. Fülgrabe, 2000; Karmen, 2000 und Feltes, 2008) und letztlich im Widerspruch zu einer freien, pluralen und rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung stehen. Wenig erfolgversprechend erscheinen auch kurzfristig umsetzbare, singuläre Maßnahmen wie die bloße Verstärkung der Polizeipräsenz, wenn es darum geht die subjektive Sicherheit zu erhöhen (vgl. bspw. Reuband, 2009).

Hingegen konnte in zahlreichen Untersuchungen gezeigt werden, dass *soziales Kapital* (sozialer Zusammenhalt und gemeinschaftliche Wirkkraft) nicht nur der Kriminalitätsfurcht sondern auch der tatsächlichen Viktimisierungswahrscheinlichkeit entgegenwirken (vgl. bspw. Sampson, 2004; Sampson und Grooves, 1989; Sun et al., 2004). Strategien und Maßnahmen, die auf bürgerschaftliche Partizipation im Kontext der Inneren Sicherheit setzen, erscheinen geeignet derartiges Kapital zu erzeugen. Im Rahmen kommunaler Kriminalprävention gibt es einige Konzepte und Programme, welche die Einbindung der Bürger in Aufgaben der Inneren Sicherheit fördern. Neben staatlich initiierten Programmen gibt es in diesem Kontext auch nachbarschaftliche Zusammenschlüsse. Eine Wirkung im Sinne von „Vorbeugen und Verhindern von Kriminalität“ ist von diesen Zusammenschlüssen jedoch weniger zu erwarten; sie erweisen sich mit ihrer symbolischen Wirkung eher als Ansatzpunkt zur Reduzierung von Unsicherheitsgefühlen der Bevölkerung.

Programme und Konzepte ohne staatliche Begleitung bzw. ohne Beteiligung der Polizei können jedoch auch höchst kontraproduktiv für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sein. Eine „kalte“ und „unprofessionelle (aber preiswerte) ‚Laienpolizei‘“ (van Ooyen, 2006, S. 47) kann (vermeintlich) gemeinschaftsbezogen handeln, aber sozial ausgrenzend wirken.

In „sozialen Netzwerken und kleinräumlichen sozialen Beziehungen“ kann der „Schlüssel zur Lösung vieler lokaler urbaner Probleme“ liegen (Lüdemann und Peter, 2007, S. 26). Bürgerschaftliches Engagement für die Kriminalprävention ist aber nur im Rahmen einer ganzheitlichen und gemeinschaftlichen Konzeption von Sicherheit im Sinne eines *Kooperationsverbunds zwischen Polizei, Kommune und Bevölkerung* sinnvoll.

HERAUSFORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Eine besondere Herausforderung ist die Mischung aus *technischer und sozialer Kriminalprävention*. Hier ist es nötig, eine Balance zu finden, die nicht durch ein Zuviel an Sicherheitsmaßnahmen zu einer erhöhten Kriminalitätsangst führt. Zudem kann nur durch eine gelungene *Kooperation von Staat, Bürgern und Unternehmen* ein umfassendes Sicherheitsgefühl hergestellt werden (Frevel, 1999, S. 77 und Frevel, 2003, S. 335). Die *Transparenz politischer Handlungen* sowie eine themenorientierte sachliche Öffentlichkeitsarbeit (ohne zu dramatisieren, aber auch ohne zu bagatellisieren) sind von großer Bedeutung (ebd.). Insgesamt ist es sozialpolitisch unumgänglich, die *tatsächlichen Ursachen von Kriminalität*, nämlich Armut, fehlende Bildungschancen und Ungleichheit, anzugehen (Zedner, 2009, S. 68; Williams, 2009).

Ansprechpartner: Dr. Lars Gerhold
Wissenschaftlicher Koordinator Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

Dr. Diana Ziegleder, Dominic Kudlacek, Thomas Fischer (2011):
Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung.

ISBN: 978-3-929619-67-6

Die Vollversion der Studie ist erhältlich unter www.schriftenreihe-sicherheit.de

Das 2009 an der Freien Universität Berlin gegründete Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (www.sicherheit-forschung.de) führt Forschung unterschiedlicher Disziplinen zu sicherheitsrelevanten Themen zusammen und trägt dazu bei, zukünftig relevante Forschungsthemen zu identifizieren. Hauptsächlich geschieht dies durch Workshops und Expertisen zu verschiedenen Facetten der Sicherheitsforschung. Ziel ist es, wissenschaftliche Handlungsempfehlungen aus diesem heterogenen Feld zu generieren und für Politik, Industrie, und Organisationen der Sicherheit zugänglich zu machen. Die Idee zu diesem Projekt entstand auf Anregung des am Bundestag gegründeten Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit e.V., dem Abgeordnete aller Parteien sowie Stakeholder aus Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.



Forschungsforum
Öffentliche Sicherheit

Freie Universität  Berlin



Impressum:

Forschungsforum
Öffentliche Sicherheit
Freie Universität Berlin
Fabeckstr. 15, 14195 Berlin

Tel: +49 (0)30 838 57367
Fax: +49 (0)30 838 57399
www.schriftenreihe-sicherheit.de
kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de